

EU-Rahmenabkommen

Alles noch viel schlimmer

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld, und Nils Fiechter, Präsident Junge SVP Schweiz

Wer gehofft hatte, das neue EU-Abkommen bringe Klarheit, hat recht: Es ist die endgültige Klarstellung, dass unsere Souveränität geopfert werden soll.



Fast alles, was Gegner wie die SVP, Pro Schweiz oder die Kompass-Initiative befürchtet haben, wird im Vertragsentwurf bestätigt – und teils noch übertroffen. Nachstehend die wichtigsten Punkte im Überblick – als Nachschlagewerk für jeden Bürger, der sich nicht Sand in die Augen streuen lassen will.



Kein Vertrag – keine Bilateralen III

Das «Vertragswerk» ist kein Vertrag, sondern ein Protokoll über die Anpassung des Schweizer Rechts an die EU. Wer das liest, merkt: Es ist eine juristische Klammer, die uns fix ins EU-Regime einbindet.

Masseneinwanderung wird noch krasser

Eine Notbremse gibt es – auf dem Papier. Sie ist nur bei «schwerwiegenden Problemen» und mit EU-Zustimmung anwendbar (Art. 14a FZA). In der Praxis ein stumpfes Schwert. Neu gibt es sogar Daueraufenthalt trotz Sozialhilfe, auch für den ganzen Clan, auch für Nicht-EU-Bürger.

Automatische EU-Rechtsübernahme

Die Schweiz verpflichtet sich zur automatischen Übernahme von EU-Recht (Art. 5 Inst. Protokoll). Ein Veto ist möglich – aber teuer. Wer nicht spurt, wird bestraft.

Fremde Richter – EuGH entscheidet

Bei jeder Auslegung von EU-Recht ist der EuGH zuständig (Kapitel Streitbeilegung). Das Schiedsgericht wird zur Farce – es muss dem EuGH folgen. Nationale Unabhängigkeit ade.

EU-Sanktionen gegen Volksentscheide

Verweigert die Schweiz ein neues EU-Gesetz – etwa nach einem Referendum – kann Brüssel Ausgleichsmassnahmen verhängen (Schutzklausel). Der Stimmbürger hat nur die Wahl zwischen Pest oder Cholera. Demokratische Entscheide ade.

Milliarden an Brüssel

Ab 2030 zahlt die Schweiz jährlich 350 Millionen Franken an die EU (Anhang Kohäsion). Einseitig,

unbegrenzt, politisch kaum kontrollierbar. Selbst Übergangsfristen kaschieren die Dimension nicht.

Bürokratie-Tsunami

Durch neue Binnenmarktvorschriften – etwa zur Lebensmittelsicherheit – müssen selbst Betriebe ohne EU-Export neue Regeln übernehmen, z.B. für Winzeretiketten.

Kantonale Kompetenzen unter Druck

Subventionen und Unterstützungen – etwa für Kantonalkassen oder Strompreise – können als «wettbewerbsverzerrend» verboten werden (Protokoll Beihilfen). Die EU greift bis in die Kantonsbudgets.

Passivmitglied ohne Stimmrecht

Die Schweiz soll EU-Recht übernehmen, ohne bei der EU-Gesetzgebung mitzubestimmen. Der Bundesrat nennt das pragmatisch – Kritiker nennen es Vasallentum.

Fazit

Das neue Abkommen ist kein Kompromiss, sondern eine Zäsur. Es verändert unser Verhältnis zur EU fundamental – rechtlich, politisch, wirtschaftlich. Was einst in Volksabstimmungen verteidigt wurde, wird im Paket neu verpackt und weichgespült serviert. Wer diesen Vertrag unterzeichnet, verabschiedet sich von der Selbstbestimmung. Punkt.

Hermann Lei, Nils Fiechter

Sommerfest

SVP Flaach ZH

Samstag, 5. Juli 2025, mit
Ueli Maurer, Worbighalle, Flaach

Eintreffen ab 18 Uhr

19.00 Uhr: Begrüssung durch Philipp Peter, Präsident SVP Flaach und Samuel Stutz, Präsident SVP Bezirk Andelfingen
19.20 Uhr: Festansprache von alt Bundesrat Ueli Maurer



Anschliessend Fragerunde und Festwirtschaft mit Fleisch vom Grill und lokalen Köstlichkeiten